

Von: Beate Mueller-Gemmeke MdB Büro Berlin [<mailto:beate.mueller-gemmeke@bundestag.de>]  
Gesendet: Montag, 18. September 2017 13:20  
An:  
Betreff: Ihre Fragen

Sehr geehrte Frau Nerz,

ich bedanke mich herzlich für Ihre Fragen, die ich gerne beantworte und seien Sie versichert, dass auch ich mich Sorge, was derzeit in unserer Welt passiert.

Zu Frage 1:

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird? Was werden Sie dafür tun?

Die Formulierung des Artikels 26 Absatz 2 im Grundgesetz, der sich zum Export von Kriegswaffen verhält, ist unserer Meinung konkret formuliert. Es handelt sich dabei um ein generelles Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Dennoch sehen wir Grünen Handlungsbedarf. Die Rüstungsexporte müssen an strenge Kriterien geknüpft und dadurch massiv begrenzt werden. Aber Änderungen über eine Grundgesetzänderung können wir nicht versprechen, denn dieser Weg wäre aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht aussichtsreich. Deshalb wollen wir auf gesetzlichem Wege den Export begrenzen, indem wir die bisher unverbindlichen Kriterien der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ endlich verbindlich machen und zwar mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz. Und dafür werde ich mich auch in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Zu Frage 2:

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontrollgesetz zusammengeführt werden? Was werden Sie dafür tun?

Ja, das ist genau unser Ziel. Die Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz erheben wir seit Jahren. Es würde die bisher unverbindlichen Kriterien der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gesetzlich verankern und damit auch einklagbar machen. Wir haben dazu auch politische Initiativen in den Bundestag eingebracht, aber sie wurden immer abgelehnt. Und dafür würde ich mich nach der Wahl auch einsetzen.

Zu Frage 3:

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl - angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen - für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein? Was werden Sie dafür tun?

Ein Rüstungsexportkontrollgesetz würde unserem Verständnis nach genau das bewirken. Auch wir sehen die verheerenden Opferzahlen, die mit Kleinwaffen angerichtet werden und haben das beispielsweise im Falle der unrechtmäßigen Lieferungen an Mexiko heftig kritisiert. Derartige Lieferungen darf es nicht mehr geben. Mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz wären solche Lieferungen ausgeschlossen und es könnte ein umfassendes Exportverbot erreicht werden. Ein generelles Verbot hingegen würde die Möglichkeit ausschließen, UN-Friedensmissionen ausstatten zu dürfen. Diese wenigen und begründeten Ausnahmefälle wollen wir nicht pauschal ausschließen.

Zu Frage 4:

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden? Was werden Sie dafür tun?

Ja. Einmal vergebene Lizenzen stellen ein großes Risiko dar. Das sehen wir an den Lizenzen, beispielsweise zum Nachbau von G3-Sturmgewehren, die von vorherigen Bundesregierungen vergeben wurden. Auch der Endverbleib ist auf diesem Wege nicht wirklich kontrollierbar. Wir fordern daher schon lange einen Stopp der Vergabe von Lizenzen. Und diese Haltung haben wir auch weiterhin.

Zu Frage 5:

Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden? Was werden Sie dafür tun?

Ja. Das ist auch seit Jahren eine Forderung von uns: keine Vergabe von Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte.

Ich hoffe, meine Antworten sind ausreichend und vielen Dank für das Engagement.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Müller-Gemmeke

\*\*\*\*\*

Büro Beate Müller-Gemmeke MdB  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T: 030-227-73041

F: 030-227-76041

[www.mueller-gemmeke.de/](http://www.mueller-gemmeke.de/)